

## Jugendpolitik goes Europa – Und wohin geht Sachsen?

### Aktuelle Entwicklungen der EU-Jugendpolitik und was Landespolitik davon lernen kann

*Andrea Gaede, Jugendbildungsreferentin Landesverband Soziokultur Sachsen e. V.*

*Michael Hahn, Geschäftsführer Landesverband Sächsischer Jugendbildungswerke e.V.*

Im November 2009 hat der Rat der Europäischen Union einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa 2010 bis 2018 beschlossen. Im Juli 2010 fand der 1. Europäische Kongress für Jugendarbeit statt, in dem sich alle EU-Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Erklärung zur Jugendarbeit in Europa einigten. Beachtlich an diesen zwei Ereignissen ist, dass es auf europäischer Ebene gelungen ist, eine gemeinsame Definition zu Jugendarbeit sowie gemeinsame Ziele und Ausrichtungen zu vereinbaren. Mit Blick auf eine überaus differenzierte Gestaltung von Jugendarbeit- und Jugendpolitik in den EU-Mitgliedsstaaten sind diese Beschlüsse tatsächlich als Meilensteine zu begreifen. Nicht zuletzt erfährt Jugend respektive Jugendpolitik einen nicht zu vernachlässigenden Bedeutungszuwachs.

Die beiden AutorInnen dieses Artikels wohnten im Oktober 2010 dem „10. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik“ bei und hielten es als Akteure der überörtlichen Jugendhilfe für ihre erste Pflicht, die Fachwelt Sachsens über die aktuellen Vorgänge zu informieren sowie die sich daraus ergebenden Gestaltungsoptionen und Argumentationen für eine Stärkung der Jugendpolitik respektive der Jugendarbeit im Freistaat zu beschreiben.

### **Was will die Europäische Jugendstrategie und wie soll sie umgesetzt werden?**

Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie soll jeweils auf nationaler Ebene geschehen. Die Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JMFK), die im Juni 2010 tagte, bewertet den Beschluss als große Chance für die Jugendpolitik in Deutschland und hält ihn für ein geeignetes Mittel, zur Verbesserung der Lebenslagen junger Frauen und Männer beizutragen. Die JMFK spricht sich dafür aus, die nationale Umsetzung der EU-Jugendstrategie in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern zu realisieren und bescheinigt die Bereitschaft der Länder, sich aktiv an der Umsetzung zu beteiligen. Die Verantwortung für Umsetzung und Ausgestaltung liegt bei den Obersten Landesjugendbehörden der 16 Bundesländer, *die ihrerseits angehalten sind, die länderbezogenen Umsetzungen mit den Trägern der Jugendhilfe abzustimmen und zu koordinieren.*

Was es jedoch für die Umsetzung der EU-Jugendstrategie nicht gibt, sind finanzielle Mittel.

*Allerdings wurde darauf verwiesen, dass innerhalb der neuen Programmgeneration von JUGEND IN AKTION und im Europäischen Sozialfonds ab 2014 eine verstärkte Förderung von Jugendarbeit angestrebt wird.<sup>1</sup>*

Im Wesentlichen beinhaltet die gemeinsame Erklärung zwei Ziele:

---

<sup>1</sup> Vgl. Position der Bundesregierung zu künftigen EU-Jugendprogrammen ab 2014 – veröffentlicht auf [www.jugendpolitikineuropa.de](http://www.jugendpolitikineuropa.de)

1. Teilhabemöglichkeiten und Chancengleichheit aller junger Frauen und Männer im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt erhöhen
2. Gesellschaftliches Engagement, soziale Eingliederung und Solidarität aller jungen Frauen und Männer befördern.

In Deutschland hat man sich bis 2013 auf folgende Schwerpunkte geeinigt:

- Überwindung von Jugendarmut
- Verbesserung von Beschäftigungsmöglichkeiten/ Übergängen
- Gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation
- **Anerkennung der Bedeutung informeller und nicht-formaler Bildung unter Wahrung der spezifischen Strukturen und Leistungen der Jugendarbeit**
- Integration junger Frauen und Männer mit Migrationshintergrund, sozialen Benachteiligungen oder individuellen Beeinträchtigungen
- Chancen durch Mobilität im Kontext von Lernarrangements

Für die Praxis der Jugendarbeit dürfte der 4. Schwerpunkt wohl am spannendsten und mit Blick auf aktuellen Entwicklungen im Freistaat wohl auch am alarmierendsten sein. Während die Jugendarbeit im gemeinsamen Beschluss der JMFK als anerkennungswürdig betrachtet und die Wahrung ihrer Strukturen gefordert wird, entsteht in Sachsen der Eindruck, dass hier in großen Schritten zurückgegangen wird. Denn Strukturerehalt und Würdigung der Jugendarbeit kann in Sachsen spätestens seit den Kürzungen im Jahr 2010 nun wirklich nicht mehr propagiert werden.

Der Beschluss der JMFK vom 17./18.Juni 2010 ist zu finden unter: [www.jfmk2010.de](http://www.jfmk2010.de) (Beschlüsse)

### **Was erklärt der 1. Europäische Kongress zur Jugendarbeit?**

Im Juli 2010 haben sich über 400 Teilnehmende aus 50 Ländern an einem dreitägigen Kongress beteiligt, der erstmals das Thema Jugendarbeit in den Mittelpunkt stellte. Das Ergebnis ist eine fünfseitige Erklärung, u. a.:

- zur Definition von Jugendarbeit;
- zu Jugendarbeit als Priorität in der Politik;
- zur Notwendigkeit der sektorübergreifenden Zusammenarbeit;
- zum Bestreben, die Wirkung von Jugendarbeit zu identifizieren;
- zur Schaffung von vielfältigen und partnerschaftlichen Zugängen;
- zur Qualität in der beruflichen und ehrenamtlichen Praxis;

- zur Bedeutung von Netzwerken in der Jugendarbeit sowie
- zur Notwendigkeit der nachhaltigen Unterstützung und Mittelbereitstellung.

Die Forderungen und Feststellungen in dem Papier enthalten keine großen Überraschungen oder neue Erkenntnisse. Aber sie verdeutlichen nachdrücklich die Leistungen und den Anspruch von Jugendarbeit in allen europäischen Staaten und sie betonen die Schaffung von angemessenen Rahmenbedingungen. Jugendarbeit ist also im Fokus. Sie bietet jungen Menschen Raum für Vereinigung, Aktivität, Dialog und Aktion und sie erhebt Anspruch auf Bedeutungshoheit in der Politik.<sup>2</sup> Die Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Jugendpolitik wird in der Erklärung als verbesserungswürdig eingestuft, die Beteiligung von Jugendarbeit und jungen Menschen an Jugendpolitik muss (wieder) stärker in den Blick rücken und es braucht ein Kernbudget, das **Nachhaltigkeit** von Infrastrukturen, Projekten, und Entwicklung in der Jugendarbeit garantiert.

Deutschland kann hier seit 20 Jahren mit einem einzigartigen Gesetz, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, aufwarten, das bereits entsprechende Rahmenbedingungen für Jugendarbeit schafft. Die qualitative Umsetzung dieser wird jedoch zunehmend durch finanzielle Vorbehalte gefährdet.

*Im November 2010 fassten die europäischen Jugendminister und –ministerinnen einen Beschluss zur besseren politischen Anerkennung der Jugendarbeit. In ihrem Beschlussdokument „On Youth Work“ wird eine europaweit gültige Definition von Jugendarbeit festgeschrieben:*

*Jugendarbeit wird definiert als „Aktivitäten im außerunterrichtlichen und Freizeit-Bereich, basierend auf non-formalen und informellen Lernprozessen sowie freiwilliger Teilnahme. Die Aktivitäten sind selbstgesteuert, mitgesteuert und gemanagt unter pädagogischer Leitung durch professionelle und ehrenamtliche Jugendarbeiter und Jugendleiter. Sie wird auf verschiedenen Wegen organisiert und angeboten: von Jugendorganisationen, Trägern der Jugendarbeit und Jugendhilfe, informellen Gruppen und öffentlichen Behörden.“<sup>3</sup>*

**Die komplette Erklärung sowie die EU-Jugendstrategie 2010 – 2018 sind zu finden unter:**

[www.jugendpolitikineuropa.de](http://www.jugendpolitikineuropa.de)

Hinweis: Wer sich die Erklärung zu Gemüte führt, wird feststellen, dass diese nicht in allen Punkten mit den hiesigen Ansprüchen und Definitionen übereinstimmt. Nicht zu vergessen sind hier jedoch die eingangs erwähnten differenzierten Gestaltungsformen und Strukturen von Jugendarbeit innerhalb Europas. Es also vielmehr als ein Fortschritt zu würdigen, dass eine Einigung auf europäischer Ebene stattgefunden hat, die nunmehr als gemeinsame Basis weiterverfolgt und entwickelt werden kann.

<sup>2</sup> vgl. 1. Erklärung des 1. Europäischen Kongresses über Jugendarbeit, Gent/Belgien 7-10.07.2010

<sup>3</sup> zitiert nach einer Veröffentlichung auf [www.jugendpolitikineuropa.de](http://www.jugendpolitikineuropa.de) - November 2010

## **Wie ist die aktuelle Jugendpolitik in Sachsen vor dem Hintergrund der europäischen Vereinbarungen zu Jugendarbeit und Jugendpolitik zu bewerten?**

Aus der Obersten Landesjugendbehörde kamen bis auf einen Hinweis zur Existenz der EU-Jugendstrategie bislang keine nennenswerten Strategie- oder Umsetzungsvorschläge. Kritisiert wird natürlich, dass es keine Gelder für die nationale Umsetzung der Strategie gebe. Natürlich wäre es ein erstrebenswerter Zustand, Mittel für die Etablierung von z. B. entsprechenden Koordinierungsstellen oder Projekten zu haben. Aber auch ohne diese zählen doch die Inhalte und Optionen, die sich durch die europäische Dimension von Jugendarbeit und Jugendpolitik ergeben könnten? Die EU-Jugendstrategie gibt einen Handlungsrahmen vor. Ist es nicht Aufgabe der Fachbehörden, diese Entwicklungen und Tendenzen zu verfolgen, zu informieren und mit den Akteuren aus der Praxis Modelle und Ansätze zu entwickeln?

Die Jugendpolitik des Freistaats befindet sich „auf einem absteigenden Ast“ und sie fällt nach unserer Einschätzung hinter die Ziele der EU-Jugendstrategie und des Beschlusses der Jugend- und Familienministerkonferenz. Überproportionale Kürzungen im Ressort Jugend oder die überaus starke Konzentration auf frühkindliche Bildung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sind Indizien für eine Marginalisierung von Jugendpolitik und Jugendarbeit.

Als Fazit wäre für Sachsen folglich Nachholbedarf zu konstatieren. Es wird wohl die Aufgabe der Akteure der überörtlichen Jugendhilfe sein, die Umsetzung der Ziele der EU-Jugendstrategie zu forcieren, ihre Bedeutung für die Praxis im Freistaat zu definieren und damit auch einer Marginalisierung von Jugendarbeit im Freistaat entgegenzuwirken.

*Das „10. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik“ im Oktober 2010 wies hierzu auf die Bedeutung von „lernenden Kooperationsstrukturen der Länder und Träger“ hin. Der Abteilungsleiter im BMFSFJ, Lutz Stroppe, unterstrich dass die **Länder gemeinsam mit den Trägern** subsidiär die genannten Ziele umsetzen wollen. Diese enge Form der Zusammenarbeit halten wir für unabdingbar, trägt sie doch auch und vor allem dazu bei, die öffentliche Wahrnehmung für die Angelegenheiten der Jugend zu erhöhen und den Stellenwert von Jugendpolitik zu bestimmen. Und dazu braucht es zunächst kein Geld, sondern Fachkompetenz, kreative Köpfe, realisierbare Ideen und vor allem die Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit von **allen** (!) Beteiligten.*